

Stand: 05.12.2024 08:01:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3447

"Unterstützung für Menschen mit Behinderung II: Eingliederungshilfe stärken - Familien von Menschen mit Behinderung bei der Wohnplatzsuche besser unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3447 vom 26.09.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3877 des SO vom 06.11.2024
3. Beschluss des Plenums 19/4212 vom 03.12.2024



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Norbert Dünkel, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Petra Högl, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Unterstützung für Menschen mit Behinderung II: Eingliederungshilfe stärken – Familien von Menschen mit Behinderung bei der Wohnplatzsuche besser unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bezirke beim Ausbau von Leistungsangeboten für Menschen mit Behinderung im Bereich Wohnen und Beschäftigung im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel noch weiter zu stärken und zu unterstützen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, inwiefern vor allem schwer mehrfachbehinderte und/oder autistische junge Erwachsene und deren Familien bei der Wohnplatzsuche und der Betreuung im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zusätzlich unterstützt werden können.

Begründung:

In Bayern vollziehen die Bezirke die bundesgesetzlich geregelte Eingliederungshilfe im eigenen Wirkungskreis und in eigener finanzieller Verantwortung. Dies umfasst neben der Beratung von Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen auch die Finanzierung sowie Schaffung von neuen Leistungsangeboten, wie zum Beispiel von Plätzen in Besonderen Wohnformen oder Förderstätten.

Der Freistaat unterstützt die Bezirke hier bereits bei dieser enormen Aufgabe zielgerichtet und freiwillig mit sogenannten Investitionskostenzuschüssen für bauliche Investitionen. Im Förderjahr 2023 wurde beispielsweise der Bau von Wohn- und Beschäftigungsplätzen mit einer Fördersumme von insgesamt 66,3 Mio. Euro unterstützt. Hierdurch entstehen bereits in naher Zukunft bayernweit 120 neue Wohnplätze in besonderen Wohnformen sowie 205 neue Förderstättenplätze.

Dennoch erreichen uns immer öfter auch Petitionen und Forderungen mit Hinweisen von Verbänden und auch Eltern, dass die Plätze nicht ausreichen würden, die Wartelisten lang seien und auch der mangelnde Rechtsanspruch auf einen Platz in einer För-

derstätte zu Problemen führen kann. Um die betroffenen Familien besser zu unterstützen, soll die Staatsregierung prüfen, wie vor allem Familien mit schwer mehrfachbehinderten und/oder autistischen jungen Familienmitgliedern, welche an der Schwelle zur Volljährigkeit stehen, noch besser geholfen werden kann.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Bernhard Seidenath
u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/3447**

**Unterstützung für Menschen mit Behinderung II: Eingliederungshilfe stärken -
Familien von Menschen mit Behinderung bei der Wohnplatzsuche besser unter-
stützen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Thomas Huber**
Mitberichtersterterin: **Doris Rauscher**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 17. Oktober 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 6. November 2024 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Petra Högl, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/3447, 19/3877

Unterstützung für Menschen mit Behinderung II: Eingliederungshilfe stärken – Familien von Menschen mit Behinderung bei der Wohnplatzsuche besser unterstützen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bezirke beim Ausbau von Leistungsangeboten für Menschen mit Behinderung im Bereich Wohnen und Beschäftigung im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel noch weiter zu stärken und zu unterstützen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, inwiefern vor allem schwer mehrfachbehinderte und/oder autistische junge Erwachsene und deren Familien bei der Wohnplatzsuche und der Betreuung im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zusätzlich unterstützt werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident